



Argumente 06/04

**Wirtschafts- und
Finanzpolitik**

Unternehmen besteuern!

Wirtschaftspolitik ver.di



ver.di

Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft

www.wipo.verdi.de

Auch Konzerne müssen Steuern zahlen!

Unternehmen, die gesund sind und in Deutschland gutes Geld verdienen, müssen selbstverständlich Steuern zahlen. Sollte man meinen. Ist aber nicht so. Denn etliche große Konzerne hatten zwar Geld genug, um andere Unternehmen aufzukaufen. Auch die Aktionäre wurden gut bedient. Aber sie haben seit Jahren keine oder kaum Steuern in Deutschland bezahlt.

Daimler-Chrysler, Telekom, BMW und andere Konzerne wälzen Kosten aus der Übernahme ausländischer Unternehmen auf den deutschen Steuerzahler ab.

Aktiengesellschaften und GmbHs zahlen seit 2001 jährlich über 20 Milliarden Euro weniger Steuern als zuvor. Und das

obwohl die Gewinne weiter gestiegen sind, von 285 Milliarden Euro im Jahr 2000 auf 314 Milliarden Euro 2002.

Beschäftigte zahlen höhere Steuern als Unternehmen

Mittlerweile ist die Steuerbelastung der Beschäftigten höher als die der Unternehmen. Von 100 Euro Gewinn der Aktiengesellschaften und GmbHs flossen 2002 neun Euro an den Staat. 19 Euro von 100 Euro Bruttoverdienst mussten die Beschäftigten Lohnsteuer zahlen. Dazu kommen noch die Mehrwertsteuer und andere indirekte Steuern, die fast nur die privaten Haushalte treffen.

Unternehmenssteuern in Deutschland besonders niedrig

Glaubt man den Wirtschaftslobbyisten, sind die Unternehmenssteuern in Deutschland höher als

in den meisten anderen Ländern. Doch das ist bloße Theorie. Denn bei den tatsächlich gezahlten Steuern ist Deutschland das Schlusslicht unter den großen Industrieländern.

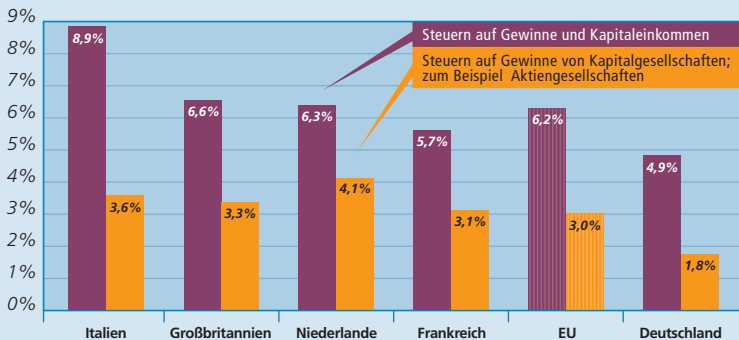
Der Grund: in Deutschland haben es die Unternehmen besonders leicht, ihren steuerpflichtigen Gewinn klein zu rechnen. So können sie von ihren Gewinnen Verluste abziehen, die sie in früheren Jahren gemacht

haben. In den USA, Japan, Kanada, Frankreich oder Italien geht das nur zeitlich begrenzt. Vielfach wurden Pleiteunternehmen nur deshalb aufgekauft, um so Steuern zu sparen.

Vor allem international aktive Unternehmen haben viele Möglichkeiten ihre Steuern zu drücken. Ein Unternehmen gründet zum Beispiel eine Firma in einem Steuerparadies und überträgt ihr sein Geld. Dann leiht es

Steuern auf Gewinne und Kapitaleinkommen

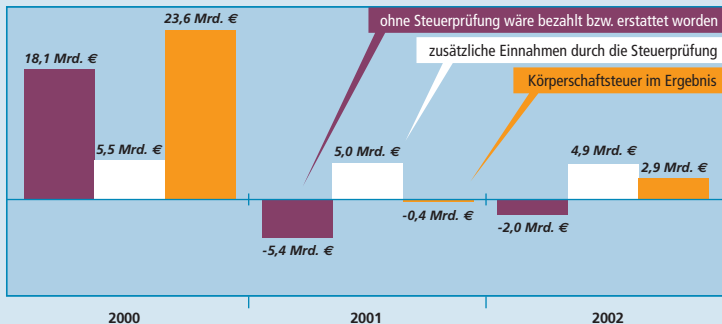
Anteile an der Wirtschaftsleistung (Bruttoinlandsprodukt) – 2001



Die tatsächlich gezahlten Gewinnsteuern sind in Deutschland niedriger als in allen anderen großen Industrieländern. Das gilt besonders für die Aktiengesellschaften und GmbHs, die zwei Drittel des Umsatzes der Unternehmen machen.

Einnahmen nur durch Steuerprüfung

Körperschaftsteuer in Milliarden Euro



Die Gewinnsteuer der Aktiengesellschaften und GmbHs ist massiv eingebrochen. Ohne die fünf Milliarden Euro jährlich durch Steuerprüfung hätte es in den letzten Jahren Steuererstattungen in Milliardenhöhe gegeben.

sich das Geld zurück und zahlt dafür Zinsen. So werden aus steuerpflichtigen Gewinnen Zinskosten, die den Gewinn schmälern. Der Gewinn fällt dann im Ausland an, wo nur minimale Steuern gezahlt werden. Heerscharen von Steuerberatern beschäftigen sich mit nichts anderem als solchen Konstruktionen.

Wenn ein Unternehmen Anteile an Aktiengesellschaften oder GmbHs verkauft und dabei

Gewinn macht, muss es diesen überhaupt nicht versteuern. Die meisten Länder kennen diese Steuerfreiheit nicht.

„Steuern sparen“?

Wir zahlen Monat für Monat unsere Steuern. Unternehmen versuchen regelmäßig, Steuern in Milliardenhöhe zu „sparen“ – häufig illegal! Steuerprüfer decken das Jahr für Jahr auf. 13 Milliarden Euro sammelten die 11.000 Betriebsprüfer 2002 an

Mit Unternehmenssteuern wie vor 20 Jahren stünden jedes Jahr 40 Milliarden Euro mehr für öffentliche Leistungen und Investitionen zur Verfügung.

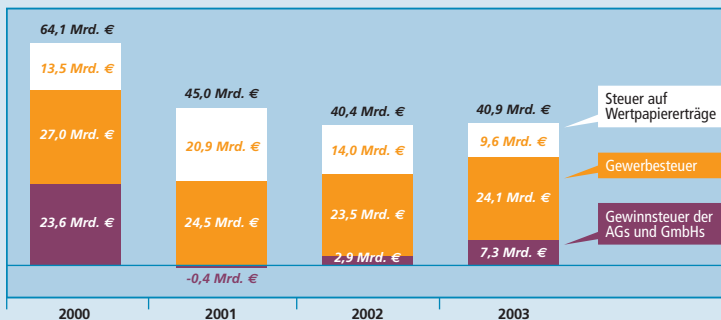
zusätzlichen Einnahmen ein. Wie viel sie wohl nicht entdecken? Denn: Unternehmen werden nur

selten geprüft. Große im Durchschnitt alle fünf Jahre, mittlere sogar nur alle zwölf Jahre, kleine oft überhaupt nicht.

Steigende Gewinne – sinkende Steuern – weniger Arbeitsplätze

Wirtschaftslobbyisten behaupten: „Die Senkung der Unternehmenssteuern ist notwendig für mehr Investitionen, Wachstum und Arbeitsplätze.“ Wenn dies

Einbruch der Gewinnsteuern Steuereinnahmen in Milliarden Euro



Unternehmer und Aktionäre sind in den letzten Jahren um etwa 25 Milliarden Euro entlastet worden. Mehr Arbeitsplätze gebracht hat das nicht – im Gegenteil.

zuträfe, hätten wir in den letzten Jahren einen gewaltigen Aufschwung erleben müssen. Die Gewinnsteuer der Konzerne wurde von 45 Prozent 1998 auf 25 Prozent seit 2001 gesenkt.

! Mit Unternehmenssteuern wie vor 20 Jahren stünden jedes Jahr 40 Milliarden Euro mehr für öffentliche Leistungen und Investitionen zur Verfügung.

Doch statt eines Aufschwungs kam das Wirtschaftswachstum zum Erliegen und die Arbeitslosigkeit stieg an. Die Gewinnförderung durch Steuersenkungen ist ohne die versprochenen Wirkungen verpufft.

Der Grund: Unternehmen investieren in neue Arbeitsplätze, wenn sie zusätzliche Produkte verkaufen können. Weniger Steuern erhöhen den Nettogewinn, aber deswegen wird nicht zusätzlich investiert.

Entscheidend für mehr Arbeitsplätze sind mehr Kaufkraft durch höhere Einkommen und mehr Aufträge für öffentliche Investitionen. Genau die wurden aber in den letzten Jahren und Jahrzehnten immer mehr zurückgefahren, weil das Geld fehlte.

! Neue Arbeitsplätze werden nur geschaffen, wenn mehr Produkte verkauft werden können. Nicht wegen niedriger Steuern.

Auch für internationale Standort- und Investitionsentscheidungen spielen die Steuern nur eine untergeordnete Rolle. Besonders für hochwertige Produktion, die hohe Einkommen ermöglicht, sind gute Infrastruktur und Logistik und hohe Qualifikation der Beschäftigten viel wichtiger. Sie werden gefährdet, wenn der Staat wegen zu geringer Unternehmenssteuern zu wenig Geld für Schulen, Hochschulen und Verkehrswege hat.

Alle Unternehmen, die in Deutschland Geld verdienen, müssen ihren Beitrag zur Finanzierung der öffentlichen Infrastruktur und Dienstleistungen leisten. Auch und besonders große und internationale Konzerne. Die Einnahmen aus der Besteuerung der Unternehmen müssen wieder erheblich höher werden.

ver.di fordert:

- **Alle Gewinne, auch aus dem Verkauf von Anteilen, müssen versteuert werden. Der Abzug von Verlusten anderer Betriebe im Konzern und aus anderen Jahren muss eingeschränkt werden**
- **Die vielfältigen Möglichkeiten internationaler Unternehmen, sich um die Steuern zu drücken, müssen beschnitten werden**
- **Verstärkte Steuerprüfung. Als Anreiz müssen die zusätzlichen Einnahmen voll bei den Bundesländern bleiben, die auch die Prüfer bezahlen**

Mehr Infos: www.wipo.verdi.de

ver.di – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft e.V. ·
Ressort 2, Wirtschaftspolitik
Potsdamer Platz 10, 10785 Berlin

Verantwortlich: Margret Mönig-Raane

Bearbeitung: Michael Schlecht (Bereichsleiter),
Ralf Krämer, Dr. Sabine Reiner,
Dr. Norbert Reuter, Anita Weber

Gestaltung: Hansen Kommunikation, Köln

Druck: apm AG, Darmstadt

W 2030-17-0204

The logo consists of a red square tilted slightly to the right, with the text "ver.di" in white lowercase letters inside it.

ver.di

**Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft**



Beitrittserklärung

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft e.V.

Beitritt online unter www.wipo.verdi.de

Fax 0 30/69 56-30 70

**ver.di – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft,
Bereich Wirtschaftspolitik, Potsdamer Platz 10, 10785 Berlin**

Ich möchte Mitglied werden ab:

Monat/Jahr

Persönliche Daten:

Name

Vorname/Titel

Straße/Hausnummer

PLZ

Wohnort

Telefonnummer

Geburtsdatum

Staatsangehörigkeit

Geschlecht weiblich männlich

Arbeiter/in Angestellte/r

Beamtin/er Azubi

Sonstige _____

Vollzeit Teilzeit _____ Stunden

Beschäftigt bei (Betrieb/Dienststelle/Firma/Filiale)

Wirtschaftszweig/Branche

regelmäßiger monatlicher Bruttoverdienst

Euro _____

Einzugsermächtigung:

Ich bevollmächtige die Gewerkschaft ver.di e.V., den jeweiligen satzungsgemäßen Beitrag bis auf Widerruf im Lastschriftinzugsverfahren

monatlich halbjährlich

vierteljährlich jährlich

einziehen.

Name des Geldinstituts/Filiale (Ort)

Bankleitzahl

Kontonummer

Name Kontoinhaber/in (bitte in Druckbuchstaben)

Datum/Unterschrift Kontoinhaber/in

Monatsbeitrag

Euro _____

Der Mitgliedsbeitrag beträgt 1% des regelmäßigen monatlichen Bruttoverdienstes. Für Rentner/innen, Pensionär/innen, Vorruheständler/innen, Krankengeldbezieher/innen und Erwerbslose beträgt der Monatsbeitrag 0,5% des regelmäßigen Bruttoeinkommens. Der Mindestbeitrag beträgt € 2,50 monatlich.

Datenschutz

Ich willige ein, dass meine persönlichen Daten im Rahmen der Zweckbestimmung des Mitgliedsverhältnisses und der Wahrnehmung gewerkschaftspolitischer Aufgaben elektronisch verarbeitet und genutzt werden. Ergänzend gelten die Regelungen des Bundesdatenschutzgesetzes in der jeweiligen Fassung.

Datum/Unterschrift

Werber/in:

Name, Vorname